Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

03.01.2015 Nr. 69

Inhalt:

Abkehr von den Sparbeschlüssen der CDU S. 01
SPD unterstützt Personalrat bezüglich Privatisierung S. 01
CDU stellt sich gegen Bürgervotum S. 01
Verhältnis zwischen Heimatverein und Gesine S. 02
Scherbenhaufen der Sportförderung S. 02
Keine Haushaltssanierung auf Kosten der Kinder S. 03
Hafen muss auf den Prüfstand S. 03
Privatisierung der Papenburger Bäder S. 04

Oktober 2003

Abkehr von den Sparbeschlüssen der CDU

Ein Jahr nach den Sparbeschlüssen der CDU bekräftigte die SPD-Fraktion ihre Kritik daran. Die Streichliste der CDU war nach Meinung der SPD reine Augenwischerei, mit der die Probleme nicht gelöst sondern nur in die Zukunft verschoben würden. Den jetzt zunehmend vorgeschlagenen Privatisierungsabsichten von städtischen Aufgaben stand die Fraktion skeptisch gegenüber. Es fehlte eine Analyse der wirklichen Situation und eine Festlegung von Zielen, deren Realisierung für die Stadt wichtig wäre bei der Absicht, Geld dadurch zu sparen, dass Aufgaben der Stadt privatisiert würden. „Viele Bürger fragten sich zunehmend, wofür sie Steuern zahlen, wenn kaum noch etwas als öffentliche Aufgabe übrig bleibt;“ so Roland Seemann. Der Wert des städtischen Lebens dürfte nicht nur an „Kosten-Nutzen-Rechnungen“ gemessen werden.

Für die Fraktion galten bei der Diskussion um Haushaltskürzun-gen und um die Verlagerung öffentlicher Aufgaben in private Hand, dass bewährte Strukturen erhalten bleiben müssten. Die Stadt dürfte mit der Privatisierung nicht Steuerungsinstrumente zur Behebung sozialer Ungerechtigkeit aus der Hand geben. Außerdem dürfte die Privatisierung nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter ausgetragen werden. Bei Einsparungen müsste eine gerechte Verteilung der Lasten oberstes Gebot sein. Deshalb forderte die Fraktion für 2004 die Anhebung der Gewerbesteuer.

Als ein Beispiel, wie eine verantwortungsvolle Haushaltskonsolidierung aussehen könnte, schlug Hartmut Bugiel einen Grundstücksverkauf von langfristig nicht zu nutzenden Spielplätzen vor. Auf der Wunschliste der Sozialdemokraten für die Haushaltsberatungen standen in der Vergangenheit immer wieder Mittel für die Erneuerung der Spielgeräte von Spielplätzen. Dies wurde immer wieder abgelehnt mit dem Hinweis auf fehlende Haushaltsmittel. Eine Besichtigung von Spielplätzen zeigte, dass einige Spielplätze auch langfristig nicht mehr im bisherigen Umfang als Spielplätze städtebaulich sinnvoll waren. Um einmalig neue Spielgeräte anzuschaffen, könnte eventuell ein solcher städtebaulich nicht mehr notwendiger Spielplatz bzw. Teile davon in Bauland umgewandelt und verkauft werden. Hierbei sollte es sich jedoch um eine einmalige Aktion handeln. Insgesamt sollte die Zahl der Spielplätze erhalten bleiben.

Die Fraktion forderte die CDU auf, endlich von ihren zerstörerischen Einsparungen abzurücken und einen sozial ausgewogenen Haushaushalt zu präsentieren.

SPD unterstützt Personalrat in ihrer Position zur Privatisierung

Für SPD und GRÜNE hatten die erworbenen Rechte der Mitarbeiter oberste Priorität. Eine Privatisierung dürfte nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter ausgetragen werden und sie dürfte nicht zum Personalabbauprogramm werden.

Die Fraktionsmitglieder unterstützen damit die Position des Personalrates bei der Privatisierung und forderten, dass umgehend von der Verwaltung ein Sachstandsbericht in den entsprechenden Gremien gegeben würde, damit die Ratsmitglieder nicht vor vollendete Tatsachen gestellt würden.

Über Privatisierungsabsichten in der Presse zu berichten und Entscheidungen der CDU-Fraktion zur Privatisierung von Aufgaben der Stadt zu verkünden, ohne dass Verwaltung und Rat darüber beschlossen hätten und der Personalrat dazu ausreichend gehört wurde, war nicht hinnehmbar.

Bevor über Privatisierung städtischer Aufgaben entschieden würden, forderten SPD und GRÜNE einen Klärungsprozess darüber, was öffentliche Aufgaben wären und welche auch für die Zukunft als solche in Papenburg erhalten bleiben sollten. Bei einer Privatisierung dürfte es nicht zu Leistungseinschränkungen für die Bürger kommen.

Bei der Diskussion um Haushaltskürzungen und um die Verlagerung öffentlicher Aufgaben in private Hand galt, dass bewährte Strukturen erhalten bleiben müssten. Die Stadt dürfte mit der Privatisierung nicht Steuerungsinstrumente zur Behebung sozialer Ungerechtigkeit aus der Hand geben.

CDU stellt sich gegen Bürgervotum

Rund sechzig Anwohner und Interessierte sprachen sich auf einer Bürgerversammlung der SPD gegen ein Tanzlokal mit verlängerten Öffnungszeiten am Obende aus. Die Versammlung beauftragte die anwesenden Ratsmitglieder, parteiübergreifend im Rat und mit der Verwaltung dafür zu sorgen, dass ein anderes Objekt an einem geeigneten Standort für die Verwirklichung des Tanzlokals gefunden würde.

Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel hatte zu zwei Terminen den zukünftigen Betreiber des Lokals Herrmann Tammen und die Ratsmitglieder, die bei der Bürgerversammlung anwesend waren, eingeladen. Die CDU-Ratsmitglieder wollten sich an diesen Terminen nicht beteiligen. Damit war eine einvernehmliche und parteiübergreifende Lösung gescheitert. Wenn die CDU ihren Beschluss im Verwaltungsausschuss nicht zurücknahm bzw. an einer Lösung für einen anderen Standort mit-

wirkte, bliebe den Bürgern nur die Bildung einer Bürgerinitiative gegen das Lokal am Splitting.

Herrmann Tammen, der zukünftige Betreiber des Lokals, machte noch einmal deutlich, dass er ohne den Beschluss für erweiterte Öffnungszeiten das Projekt gar nicht erst angepackt hätte. SPD und GRÜNE unterstützten den Bürgerprotest am Obenende und forderten die CDU auf, den Beschluss für die Erweiterung der Sperrzeiten für das Tanzlokal zurücknehmen.

November 2003

Verhältnis zwischen Heimatverein und Crew der Gesine

Um die Schmack Gesine von Papenburg wieder stärker im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern und um sie den Touristen zu zeigen, bekräftigte die Fraktion ihren Vorschlag, den Hauptliegeplatz der Gesine zur Ölmühle zu verlagern.

Wenn die Gesine ihre Aufgaben, mit der Schmack die Geschichte und Tradition der Seefahrtstadt Papenburg zu pflegen und einem interessierten Publikum nahe zu bringen, weiterhin erfüllen sollte, dann müsste eine stärkere Verbindung mit dem Fremdenverkehrsverein gesucht werden.

Nach Auffassung der SPD war der Heimatverein mit dem Unterhalt der Gesine finanziell überfordert. Deshalb sollte der Bürgermeister dafür sorgen, dass die Gesine in das Konzept der Umgestaltung der Ölmühle eingebunden würde. Jetzt müsste eine Entscheidung getroffen werden, damit die Stadt Papenburg auch in Zukunft in den europäischen Küsten- und Binnenhäfen mit dem Sympathieträger Gesine werben könnte.

Neben der Stadt Papenburg sollte sich nach Auffassung der SPD auch die Meyer-Werft an einer Generalüberholung beteiligen. Schließlich wurde das Schiff 1985 von Auszubildenden der Meyer-Werft im Auftrag des Heimatvereins Papenburg e.V. und der Stadt Papenburg gebaut. Wäre es nicht auch heute möglich, Auszubildende der Meyer-Werft bei der Generalüberholung der Gesine zu beteiligen. Ein leeres Dock, das damals nicht genutzt wurde, stand auch zur Verfügung.

Schließlich könnte das Schiff auch als Werbeträger für die Meyer-Werft genutzt werden. Wenn nur 50 Cent von dem Eintritt beim Besuch der Meyer-Werft abgezweigt würden, käme man mit der Überholung der Gesine schon ein Stück voran. Mit einer gemeinsamen Anstrengung müsste es gelingen, die Gesine wieder flott zu machen.

Die SPD würde es begrüßen, wenn es der Stadt gelänge, im Zuge der Neugestaltung des Tourismuskonzeptes für die Ölmühle, die Gesine mit einem Liegeplatz vor der Ölmühle als touristische Attraktion einzubinden.

Scherbenhaufen der Sportförderung durch Hallennutzungsgebühr

Statt mit den Sportvereinen eine Einigung über Einsparungen zu erzielen, wurde ohne Anhörung eine Hallennutzungsgebühr ohne Begründung und ohne Kenntnis der Auswirkungen verordnet. Dagegen wandte sich die Fraktion aus SPD und GRÜNEN in Papenburg.

Als "Wortbruch" hatte der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Heiner Bartling die Ankündigung von Innenminister Schünemann (CDU) bezeichnet, die Mittel für die Sportförderung zu kürzen. "Ministerpräsident Wulff versprach noch kurz vor der Landtagswahl, die von der SPD gesetzlich verankerte Aufstockung der Mittel für die Sportförderung unangetastet zu lassen. Statt der versprochenen Zuwächse strich die schwarz-gelbe Landesregierung die Sportförderung drastisch zusammen: Der Landessportbund erhielt anstelle der versprochenen Aufstockung der Fördermittel im Jahr 2004 über 2 Mio. Euro weniger Landesmittel als 2003. Das waren sogar 4 Mio. Euro weniger als ursprünglich für 2004 vorgesehen Doch nicht nur beim Landessportbund, sondern auch in der eigenständigen Landesförderung wurde gespart: In der außerschulischen Sportförderung strich die Landesregierung zusätzlich weitere 4 Mio. Euro; originäre Sportförderung durch das Land fand damit faktisch nicht mehr statt. Damit wurde die Sportförderung in Niedersachsen insgesamt um acht Millionen Euro rasiert, was unterm Strich einer 18-prozentigen Kürzung entsprach. Von der vor der Wahl versprochenen Planungssicherheit konnte damit keine Rede mehr sein.

Beklagt wurde von den Ratsmitgliedern, dass vom Land auf die Kreise und dann auf die Kommunen die Kosten der Sportförderung verlagert würden, so dass bei der Entwicklung der kommunalen Finanzausstattung eine Sportförderung über kurz oder lang nicht mehr gewährleistet werden könnte.

Für die SPD und GRÜNEN im Papenburger Stadtrat handelte es sich bei der Festlegung der Hallennutzungsgebühren um eine kurzfristige willkürliche Festlegung, ohne zu beachten, welche Auswirkungen sie für unterschiedlich strukturierte Vereine haben könnte. Würden in Zukunft nur noch rein betriebswirtschaftlich ausgerichtete Vereine überleben, die unrentable Sportarten für Minderheiten abstießen, fragten sich die Ratsmitglieder.

Um langfristig in den Bereichen Gesundheit und Soziales zu sparen, dürfte nicht am Sport gespart werden, lautete die Aussage der Landes-CDU und ihres Vorsitzenden vor der Landtagswahl. Gleichzeitig forderte er, dass Sportförderung nicht bei jeder Haushaltsklausur wieder auf die Kürzungsliste käme. Landesweit und in den Kommunen beging nun die CDU bei der Sportförderung Wortbruch.

Gerechtere Verteilung der Lasten im Haushalt 2004

Die Fraktion war bei der Haushaltssanierung grundsätzlich zur Zusammenarbeit bereit. Dafür müssten sich aber auch bestimmte Voraussetzungen in der Zusammenarbeit von Verwaltung und Fraktionen verändern.

Die Fraktionsmitglieder erklärten sich nur unter der Bedingung bereit, an der Sanierung der Finanzen mitzuwirken, dass auch die Einnahmen verbessert würden und die Lasten gerechter verteilt würden. Voraussetzung für die Verbesserung der Finanzsituation wäre die Anhebung der Gewerbesteuer.

Außerdem sollte der Vorschlag der SPD endlich umgesetzt werden, Teilstücke von nicht benötigten Kinderspielplätzen zu verkaufen. Als ein Beispiel, wie eine verantwortungsvolle Haushaltskonsolidierung aussehen könnte, schlug die Fraktion bereits Anfang 2003 einen teilweisen Grundstücksverkauf von langfristig nicht zu nutzenden Spielplätzen vor. Sie wollte für die Haushaltsberatungen in der Vergangenheit immer wieder Mittel für die Erneuerung der Spielgräte auf Spielplätzen bereitstellen. Dies wurde immer wieder abgelehnt mit dem Hinweis auf fehlende Haushaltsmittel. Allein 600.000 € könnten nach einem Gutachten der Verwaltung vom April 2003 erzielt werden, wenn dieser Vorschlag aufgegriffen würde. Weshalb wurde erst jetzt im November dieses Gutachten bekannt?

Für die Fraktion durften die Kosten des Hafens zukünftig kein Tabu-Thema mehr sein. Was für Müllabfuhr und Straßenreinigung galt, müsste auch für den Hafen gelten. Gebühren sollten kostendeckend erhoben werden.

SPD und GRÜNE wollten nur an der Sanierung des Haushaltes mitwirken, wenn Transparenz und Offenheit der Finanzen gewährleistet wären. Sollte weiterhin eine ungleiche Verteilung von Informationen auf die Fraktionen durch den Bürgermeister und die Verwaltung erfolgen, wie sie jetzt wieder einmal am Beispiel der Spielplätze deutlich wurde, sahen die Fraktionsmitglieder keine vertrauensvolle Grundlage für eine Zusammenarbeit.

Dezember 2003

Keine Haushaltssanierung auf Kosten der Kinder

Die SPD-fraktion forderte, dass die Standards zur Gruppengröße und zur Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindergärten erhalten blieben. Verträge mit den Kindergärtenträgern dürften nicht gekündigt werden, da die Gründe für eine Kündigung allein in der schlechten Haushaltssituation lägen. Die CDU wollte auf Kosten der Kinder den Haushalt konsolidieren.

SPD-Ratsherr Roland Seemann forderte mit Hinweis auf die Erkenntnisse der PISA-Studie: “Auch eine angespannte Finanzsituation der Stadt darf nicht dazu führen, ausgerechnet bei den Kindertagesstätten die ohnehin knappen Zuschüsse zu kürzen.” Außerdem wäre es die falsche Reihenfolge, erst die Verträge zu kündigen und dann eine Verringerung der Kosten durchzudrücken. SPD und GRÜNEN forderten, unter Beteiligung des Kindergartenbeirats mit den Trägern zu sprechen und vergleichbare Abrechnungs-standards herbeiführen, um dann die Verträge in Verhandlungen anzupassen.

Zwar lägen in vielen Einrichtungen die bisherigen sächlichen Standards auf Wunsch der Kommunen und freien Träger auch im Emsland häufig über den gesetzlichen Mindeststandards. Dies galt besonders im Emsland für die Freistellung von Leiterinnen der Kindertagesstätten und für die Regelung der Verfügungsstunden der Erzieherinnen. Dies war aber im Sinne der Kinder durchaus wünschenswert.

Jetzt zeigte sich im Übrigen, dass das mangelnde Vertrauen in die CDU-Kommunalpolitik im Jahre 1998 berechtigt war, als man die Standards vom Land in die Verantwortung der Kommunen geben wollte. Die Ängste von damals waren berechtigt, CDU-Kommunalpolitiker würden zuerst an die Standards Hand anlegen, wenn der städtische Haushalt saniert werden sollte. Fraktionschef Hartmut Bugiel fragte die CDU-Politiker aus Papenburg, die damals lauthals gegen die Landespolitik auftraten, wie sie heute den Eltern gegenübertreten wollten?

Hafen muss auf den Prüfstand

Das Problem der Verschlickung des Hafens und die damit verbundenen Baggerungen beunruhigten die Ratsmitglieder. Für die Fraktion aus SPD und GRÜNEN dürften die Kosten des Hafens zukünftig kein Tabu-Thema mehr sein.

Mit dem Fluidrohrleitungssystem wollte die Stadt verhindern, dass der Hafen verschlickt und dass ständige Baggerungen unter anderem für die Meyer-Werft notwendig wurden. Die Einleitung der Fluidrohrleitung in die Ems musste wegen der Veränderung des Fahrwassers in der Ems auf Anweisung der WSA Emden und der WSA Meppen um ca. 15 m zurückgebaut werden. Damit entstanden weitere Kosten für die Stadt. Damit ergaben sich zunehmend Fragen hinsichtlich der Kosten des Systems und der Funktionsfähigkeit. Nachdem in Leer mit

einem ähnlichen System anscheinend kein ausreichender Erfolg erreicht wurde, fragten sich die Fraktionsmitglieder, ob zukünftig neben den Kosten des Unterhalts des Fluidrohrsystems auch noch die Kosten durch Baggerungen durch die Stadt getragen werden müssten. Die Fraktion schlug vor, alternative Vorschläge zur Behebung der Verschlickung zu prüfen.

In Anbetracht der jetzt schon äußerst kritischen Haushaltssituation befürchteten die Fraktionsmitglieder, dass der Stadthaushalt die Kosten des Hafens nicht mehr verkraften könnte. Die Kosten des Hafens dürften zukünftig kein Tabu-Thema mehr sein. Was für Müllabfuhr und Straßenreinigung galt, müsste auch für den Hafen gelten. Gebühren müssten kostendeckend erhoben werden.

Es sollten Überlegungen angestellt werden, in welchem Umfang künftig ein Hafenausbau noch notwendig wäre, bzw. wie bei Instandsetzungsarbeiten die Anrainer beteiligt werden könnten.

Die Fraktion regte an, gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kreis und Hafenstädten an der Ems zu unternehmen, damit die Kosten des Schiffbarmachens der Ems und der Ems-Häfen nicht die Kommunen in ihrer Entwicklungsfähig behinderten.

Januar 2004

Privatisierung der Papenburger Bäder

Auf ihrer letzten Fraktionssitzung ließ sich die Fraktion über Vorschläge zur Kostenreduzierung bei der Unterhaltung der städtischen Bäder von Norbert Averdung informieren.

Um den städtischen Haushalt bei dem Betrieb des Hallenbades und des Freibades zu entlasten und gleichzeitig die Attraktivität für die Besucher zu steigern, machte das Ingenieurbüro Averdung vier Vorschläge. Dabei ging es davon aus, dass das Hallenbad als Sport Bad auch für die Schulen erhalten bleiben sollte: 1. Betrieb der Bäder in städtischer Regie mit optimierten Betriebsabläufen, 2. Betreibung als „Budgetbetrieb“ mit festbegrenztem Finanzzuschuss, 3. Betreibung als Betriebspartnerschaft von Stadt und privatem Unternehmer in einer GmbH und 4. Vollprivatisierung mit einer Nutzungsvereinbarung zwischen Stadt und privatem Unternehmen.

Alle Modelle gingen davon aus, dass die Stadt Papenburg den Besuch der Bäder weiterhin jährlich mit einem 6-stelligen Euro-Betrag bezuschussen müsste. Bei allen Vorschlägen bliebe für die Stadt ein Risiko der jährlichen Kostensteigerung übrig, dass über die Jahre nicht ganz zu kontrollieren wäre. Durch Steigerung der Attraktivität sollten die Besucherzahlen erhöht werden und damit die Einnahmesituation verbessert werden. Dafür wären nach den Ausführungen von Norbert Averdung Investitionen notwendig, die zu einer Erhöhung der Wassertemperaturen im Freibad und Hallenbad führten. Außerdem müssten im Hallenbad zeitgemäße Badeattraktionen wie z.B. Riesenrutschbahn, Whirlpool, Mutter-und-Kind-Bade-becken, Türkisches Dampfbad und Ruhezone mit Liegen neu gebaut werden. Ebenfalls verbessert werden sollten das Erscheinungsbild und die Ausgestaltung des Freibades. Durch die Erhöhung der Wassertemperatur im Freibad auf 28°C könnte das Hallenbad für 3 Monate geschlossen werden.

Eine Kostenoptimierung bei den Energiekosten für den Badebetrieb ist seit der Renovierung der Heiztechnik 1984 kaum noch möglich. In der gleichzeitigen Beheizung der Turnhalle und des Schulzentrums zusammen mit dem Hallenbad durch Strohvergasung sieht das Ingenieurbüro Möglichkeiten der Kostenentlastung für die Stadt. Außerdem sind bei einer Voll-Privatisierung und der damit verbundenen Abkehr vom Tarifwerk des öffentlichen Dienstes (BAT) langfristig Einsparmöglichkeiten bei den Personalkosten möglich.

Die SPD-Fraktion wollte die einzelnen vorgeschlagenen Modelle prüfen und abwägen, welche Konzepte für den Bürger, die Schulen, die Vereine und die Stadt Papenburg auf Dauer zu vertreten wären.